

1114 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

Bericht des Außenpolitischen Ausschusses

über die Regierungsvorlage (949 der Beilagen): Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Änderung des Vertrages über das Verfahren zur Untersuchung von Vorfällen an der gemeinsamen Staatsgrenze

Der gegenständliche Staatsvertrag sieht eine Änderung des Art. 4 Abs. 1 des Vertrages vom 31. Oktober 1964 zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über das Verfahren zur Untersuchung von Vorfällen an der gemeinsamen Staatsgrenze vor. Hiedurch soll anstelle der Abhaltung von Tagungen der Untersuchungskommission in sechsmonatlichen Abständen ein zeitlicher Abstand von einem Jahr eintreten, da im Hinblick auf die bereits seit Jahren festzustellende günstige Entwicklung der Situation an der gemeinsamen Staatsgrenze mit einer solchen Tagung im Jahr das Auslangen gefunden werden kann.

Durch die Neuregelung wird die Effizienz der Untersuchungskommission nicht beeinträchtigt, da ja nach wie vor die Möglichkeit gegeben ist, bei einem Anlaßfall die Untersuchungskommission gemäß Artikel 3 des Vertrages zu einer Sitzung einzuberufen.

Der vorliegende Staatsvertrag ist gesetzändernd, weshalb sein Abschluß der Genehmigung des Nationalrates gem. Art. 50 Abs. 1 B-VG bedarf.

Der Außenpolitische Ausschuß hat diese Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 3. Juni 1982 in Verhandlung genommen und nach den Ausführungen des Berichterstatters einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses dieses Staatsvertrages zu empfehlen.

Im gegenständlichen Fall hält der Außenpolitische Ausschuß die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes gem. Art. 50 Abs. 2 B-VG in der geltenden Fassung zur Erfüllung des Vertrages für entbehrlich.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Außenpolitische Ausschuß somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Änderung des Vertrages über das Verfahren zur Untersuchung von Vorfällen an der gemeinsamen Staatsgrenze (949 der Beilagen) wird genehmigt.

Wien, 1982 06 03

Dr. Ermacora
Berichterstatter

Marsch
Obmann